m Tempo 30 in der ticker Straße zur luldsprobe wird

vohner in
pfen gegen
n der stark
cker Straße.
ırung von
uldsprobe

er Straße in
mpfen An-
en gegen die
ıstung und
vindigkeiten
ırenen Stra-
ıße dient als
um Gewer-
: und ver-
fast 8.000
nter 7000
.
t seit 2022
eschwindig-
von 30
e wird laut
nessungen
– in einer
hen dem
05.05.2022
indigkeiten
ı/h gemes-
fahrern war
schlimmer.
ı 50 km/h,
:wert eines
ıwindigkeit
Dies führt
er erhebli-
lie Anwoh-
hnerinnen,
iner erheb-
gung. Die-
vohner wie
ı Reinberg
hadel zwi-
belastend,
ıar aus der
ı den Peti-
Landtages
ı von dort
titionsaus-
einer Prü-
l Rechtsla-
en Anlass,
mpfehlen.
onten da-
ige Lärm-
erschritten
auffällige
.
und Lese-

rinnen herrscht bezüglich Geschwindigkeitsbegrenzungen in Fröndenberg hingegen Uneineinigkeit. In einer nicht repräsentativen Onlineumfrage, an der 46 Leser und Leserinnen bisher teilnahmen, stimmten 28 Prozent für mehr Tempo 30 Zonen in Fröndenberg, wohingegen 66 Prozent dagegen stimmten.

Doch nicht nur das Fehlschlagen der Petition war bisher ein Fallstrick für die Umsetzung einer Tempo 30 Zone auf der Westicker Straße. Denn die Westicker Straße ist Teil des Landesstraßennetzes (L673), wodurch Straßen NRW als Straßenbaulastträger zuständig ist. Somit müssten die Stadt Fröndenberg und der Kreis Unna mit Straßen NRW kooperieren, um die Geschwindigkeitsbegrenzung zu realisieren. Das stellt sich als Herausforderung heraus.

In der Praxis bedeutet dies, dass Verkehrsmaßnahmen, wie die Einführung von Tempolimits, nicht allein von der Stadtverwaltung beschlossen werden können. Stattdessen müssen Gespräche und Überzeugungsarbeit mit den zuständigen Landes- oder Kreisbehörden, Straßenbaulastträgern wie Straßen NRW, geführt werden. Dieser bürokratische Prozess kann zeitaufwendig sein und erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Instanzen, um eine Einigung zu erzielen und die erforderlichen Maßnahmen umzusetzen.

Nicht nur die Geschwindigkeitsüberschreitungen belasten die Anwohner, auch der Lärm macht ihnen zu schaffen. FOTO MARCUS LAND

rn bekommen ıss: 150 Euro für ırwegwindeln

uschuss
können
önden-

Fröndenzung am
die Einörderprowegwin-
Alternaüblichen
ılossen.
ist Teil
onzeptes
d Sorgedie För-
150 Eudes drtınspruch
Rathaus
wegwinumweltıtive zu

es weiter. „Im Allgemeinen sind die so gewickelten Kinder auch früher trocken."

In den nächsten Wochen soll es für Fröndenberger Eltern und Kindertagesstätten Informationsformate über die Mehrwegwindelanwendung und das Förderprogramm geben.

Diese werden laut Rathaus zurzeit noch von der Stabsstelle Klimaschutz und der Gleichstellungsstelle der Stadt gemeinsam mit dem Familienbüro des Kreises Unna und Familienberaterin Christine Rosemeyer erarbeitet. Interessenten können sich auch vorab melden. Genaue Rahmenbedingungen und die Antragsunterlagen findet man auf der Internetseite der Stadt und über den

Petition gegen Schürenfeld: Plötzlich ist ein Runder Tisch im Gespräch

FRÖNDENBERG. Eine Petition fordert das Ende des Gewerbegebiets Schürenfeld in Fröndenberg und richtet sich explizit an die Ratsmitglieder. Diese reagieren teils überraschend.

17/01/24

Von Lina Wiggeshoff

Steuergeldverschwendung stoppen – kein Millionengrab vor unserer Haustür!" – unter dieser Überschrift sammelt eine Petition, gestartet von der Fröndenbergerin Julia Gungl, seit einigen Tagen Unterschriften gegen das Gewerbegebiet Schürenfeld. Bisher sind über 900 Unterschriften zusammengekommen (Stand 15. Januar, 17 Uhr).

Die Petition fordert den Stopp des Gewerbegebiets und richtet sich explizit an die Fröndenberger Ratsmitglieder. „Wir appellieren an die politischen Verantwortlichen in Fröndenberg, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu handeln und das Projekt Schürenfeld zu überdenken", heißt es in der Petition.

Argumentiert wird sowohl mit der fehlenden Wirtschaftlichkeit des Gebiets, als auch mit negativen Folgen für die Umwelt.

Klare Worte von der FWG

Nachdem die Petition öffentlich wurde, hat unsere Redaktion mit den zuständigen Politikern über die Forderungen gesprochen. Diesen hatte Julia Gungl ihre Ergebnisse bereits im September und Oktober vergangenen Jahres vorgestellt. Bisher hatte die Politik daraus noch keine Konsequenzen gezogen.

In einigen Parteien scheint die Recherche aber durchaus etwas ausgelöst zu haben. Am deutlichsten macht dies Matthias Büscher von der FWG: „Wir waren ja Befürworter des Schürenfelds, aber Fröndenberg hat einfach zu lange geschlafen", so Büscher. Seiner Meinung nach habe die lange Planungszeit die Situation verändert. „Früher sind wir von einem Quadratmeterpreis von 65 Euro ausgegangen, jetzt ist es das Doppelte", so der Fraktionschef.

Seiner Meinung nach ist es deshalb wichtig, das Projekt Schürenfeld noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. „Und am Ende muss man auch den Mut haben, aus dem Ergebnis die Konsequenzen zu ziehen", so Büscher.

Die Fraktionsvorsitzenden Kurt Potthoff (SWGF), Matthias Büscher (FWG), Gerd Greczka (CDU), Klaus Böning (SPD) und Martin Schoppmann (Grüne) reagieren unterschiedlich auf die Forderungen bezüglich des Schürenfelds. FOTO MARCUS LAND

Andreas Neumann und Julia Gungl haben gemeinsam viele Monate zum Schürenfeld recherchiert und ihre Ergebnisse nun mit einer Petition öffentlich gemacht. Die Reaktionen der Politik fallen unterschiedlich aus. FOTO MARCEL DRAWE

Auch Ratsherr Lars Köhle sieht dies ähnlich. Er plädiert dafür, die Ergebnisse der Untersuchungen von Julia Gungl kurzfristig im Rat zu besprechen. „Sollten sie so fundiert sein, wie sie scheinen, und tatsächlich erhebliche Vorteile für die Stadt und ihre Bürger bringen, ist die Politik in der Pflicht, über ein weiteres Festhalten an den Plänen abzustimmen", so Köhle.

CDU schlägt Runden Tisch vor

Für eine erneute Diskussion des Themas spricht sich auch Gerd Greczka von der CDU aus. „Ich schlage konkret vor, dass es einen Runden Tisch gibt, an dem sich die Fraktionen, die WFG und die Stadtverwaltung austauschen können", so Gerd Greczka.

Er könne sich auch eine größere Runde mit Bürgerbeteiligung vorstellen. „Für die Organisation müsste meiner Ansicht nach die Verwaltungsspitze verantwortlich sein", so der Politiker.

Seine Partei habe durchaus einige Kritikpunkte an den Ausführungen von Julia Gungl, er könne sich aber vorstellen, dass sich auf diese Weise ein Kompromiss finden lasse.

Die SPD hingegen sieht keinen Grund, das Projekt noch einmal zu überdenken, im Gegenteil: „Wir sind in einer Situation, in der der Prozess nicht mehr aufzuhalten ist, ohne einen großen wirtschaftlichen Schaden anzurichten", sagt Fraktionsvorsitzender Klaus Böning.

Er lobt zwar die akribische Ausarbeitung von Julia Gungl, widerspricht aber auch in einigen Aspekten: „Es geht bei so einem Projekt nicht nur um die Rendite, sondern um eine langfristige Perspektive", so Böning. Unter anderem die Schaffung von Arbeitsplätzen sei wichtig. „Außerdem müssen wir heimischen Gewerben auch die Möglichkeit zur Expansion bieten, damit sie nicht abwandern."

Die von Julia Gungl aufgeführten Flächen seien wegen der Eigentumsverhältnisse keine Alternative. Auch Ratsherr Andreas Wette teilt mit, dass die FDP mehrheitlich zum Beschluss steht, ein Gewerbegebiet zu realisieren.

Eine Frage der Mehrheit

Kurt Potthoff von der SWGF sieht wie die SPD den Zeitpunkt als entscheidendes Argument: „Dieser Vorstoß kommt zu spät. Eine Steuerverschwendung wäre es auch, wenn wir jetzt aufhören würden, weil wir schon so viel investiert haben", so Potthoff.

Seine Partei sei trotzdem durchaus bereit, das ganze Projekt noch einmal zu überdenken, vorausgesetzt, dass auch mindestens eine der großen Parteien mitziehe. „Ich finde es müßig zu diskutieren, ohne die Chance auf eine Mehrheit", so Potthoff.

Die Frage nach einer möglichen Mehrheit beschäftigt auch Martin Schoppmann von den Grünen. Seine Partei war die einzige, die bis zuletzt gegen das Schürenfeld gestimmt hatte. „Für uns sind die Argumente von Frau Gungl nicht neu und es würde mich sehr wundern, wenn sie etwas schafft, was wir als Grüne in der Vergangenheit nicht geschafft haben", so Schoppmann.

Er glaube deshalb nicht daran, dass die Fröndenberger Politik hier noch einmal zurückrudert. „Vor allem weil jetzt zusätzlich die Planungen schon so weit fortgeschritten sind", so Schoppmann.

Politische Reaktionen zum Schürenfeld: Man braucht klare Verhältnisse

Fröndenberg. Nachdem die Petition zum Schürenfeld öffentlich wurde, wollen Parteien das Projekt nochmal prüfen. Dabei braucht es klare Verhältnisse, meint die Autorin.

Von Lina Wiggeshoff

Das Gewerbegebiet Schürenfeld stand in der Vergangenheit immer wieder in der Kritik. Im Jahr 2015 sammelte die Bürgerinitiative „BIS 233" über 1.300 Unterschriften ge-

te das Schürenfeld keine Rolle mehr.

Meinung

Durch die öffentliche Petition von Julia Gungl, der einige Rechercheergebnisse zur Wirtschaftlichkeit und der ökologischen Bilanz zum Schürenfeld anhängen,

Im vergangenen Jahr wurde das Gewerbegebiet Schürenfeld in Fröndenberg archäologisch untersucht.

Zahlen und Fakten zum Bauprojekt, andererseits durch klare Positionierungen der Parteien.

Viele Faktoren haben sich seit dem Beschluss vor über zehn Jahren geändert und der Wunsch nach einer aktuellen Betrachtung ist nachvollziehbar und der Zahl der Unterschriften zufolge in Fröndenberg auch gewünscht.

Das muss nicht bedeuten